

# mandatsmeldung.

OKTOBER  
2022

## INHALTE

AKW-Debatte: Viel Lärm um Nichts  
Michael Frieser, S. 1

Wir brauchen Taten statt großer Worte  
Sebastian Brehm, S. 2

Deutschlands Ruf in der EU leidet  
Tobias Winkler, S. 2

Bayern trauert um Barbara Stamm  
Karl Freller, S. 3

Im Gespräch mit Adeline Schebesch  
Barbara Regitz, S. 3

2. Stammstrecke: Grüne wollen Moratorium  
Jochen Kohler, S. 4

Unterstützung für Ehrenamt & Vereine  
Hans Herold, S. 4

Energiekosten: Hilfe für Kliniken gefordert  
Petra Guttenberger, S. 5



## AKW-DEBATTE: VIEL LÄRM UM GAR NICHTS

Liebe Mitglieder,  
liebe Freunde,

seit März 2022 hat sich unser Bundeswirtschaftsminister mit Händen und Füßen gegen die Forderung der Union gewehrt, in der schwersten Energiekrise der Republik neue Brennstäbe für den befristeten Weiterbetrieb der Atomkraftwerke bis 2024 zu bestellen. Um des grünen Parteifriedens und des Gemütszustands Jürgen Trittins willen erfand Robert Habeck quasi jede Woche neue Mythen, warum der Weiterbetrieb nicht möglich, nicht sicher oder nicht erforderlich wäre. Sogar die unzweideutige Empfehlung der eigenen Expertenkommission, ALLE Stromerzeugungskapazitäten zu nutzen, hat das Wirtschaftsministerium in den Wind geschlagen und erfand ernsthaft einen "Standby-Betrieb" für Atomkraftwerke, der bei den Betreiberfirmen nur Kopfschütteln und Fragzeichen hinterlassen hat. Der Gipfel des Habeck'schen Holzwegs waren die Überlegungen, das ohne Not abgeschaltete AKW Emsland durch schwimmende Ölkraftwerke bzw. Dreckschleudern zu ersetzen.

Mit zunehmender Verschärfung der Energiekrise musste Habeck schließlich trotzdem Stück für Stück von seiner ideologiegetriebenen Position abrücken - freilich ohne dabei irgendwelche Schritte in die Wege zu leiten, die den Angebotsschock tatsächlich abfedern könnten. In der Frage des Streckbetriebs des AKW Emsland haben sich Grüne und FDP letztlich so verhakt, dass sich Kanzler Scholz gezwungen sah, per Richtlinienkompetenz einzugreifen. Das Ergebnis: Nach Monaten des sinnlosen Streits, der Unsicherheit für Betreiber und Verbraucher laufen die drei Atomkraftwerke lächerliche dreieinhalb Monate länger - eine Fußnote, die die FDP als großen Erfolg ihrer Regierungsbeteiligung verkaufen muss. Experten sind sich einig, dass sich die Energielage im Winter 2023/24 noch nicht entschärfen wird - eher im Gegenteil. Die Frage nach einer sicheren Energieversorgung wird sich auch über den 15. April hinaus stellen. Wir dürfen also gespannt sein auf alte und vielleicht auch neue Märchen aus dem Bundeswirtschaftsministerium.

Herzliche Grüße

Euer Michael Frieser

Bezirksvorsitzender & MdB Nürnberg-Süd/Schwabach

**„Der neue 200 Milliarden Euro-Schulentopf ist eine Hülle ohne Inhalt.“**

**Sebastian Brehm**  
MdB Nürnberg-Nord  
[Website](#)



## WIR BRAUCHEN TATEN STATT GROSSER WORTE

Ob „Zeitenwende“ oder „Doppel-Wumms“: Um große Worte ist die Berliner Ampel nicht verlegen. Nur bleiben die Taten dahinter allzu oft zurück. Beispiel Studenten: Zuerst wurden sie schlicht vergessen. Dann wurde Ihnen mit dem Entlastungspaket III DOCH eine Einmalzahlung von 200 Euro zugesagt. Angekommen ist bislang nichts: Die Regierung weiß angeblich nicht, wie sie den Studenten das Geld überweisen soll. Jetzt haben wir die Ampel-Regierung in einem Antrag aufgefordert, das Geld bis Mitte November endlich auszuzahlen. Die Studenten können nicht länger warten. Die Ampel muss endlich liefern. Beispiel Rentnerinnen und Rentner: Die Ampel hat ihnen im Sommer die Energiepreispause verweigert. Als CDU/CSU-Fraktion haben wir dagegen protestiert und uns weiter für die Rentnerinnen und Rentner eingesetzt. Schließlich musste die Ampel einlenken. Doch sie schließt erneut etliche Rentnergruppen aus. Besonders empörend empfinde ich es, dass die Opfer des SED-Unrechtsregimes, aber auch die Opfer von Krieg und Straftaten leer ausgehen sollen. Beispiel der Scholzsche „Doppel-Wumms“: Der neue 200 Milliarden Euro-Schulentopf ist eine Hülle ohne Inhalt. Als CDU/CSU-Fraktion haben wir diesem Blanko-Scheck für Rot-Grün-Gelb deshalb die Zustimmung verweigert. Weit und breit ist kein Plan und kein Gesetzentwurf in Sicht. Eine Folge von zwei Monaten Ampel-Sommerschlaf. Dabei drängt die Zeit. Die rot-grün-gelbe Tatenlosigkeit bringt auch immer mehr Betriebe in Existenznot. Längst mussten die ersten Betriebe aufgeben. Die Ampel-Politik zeigt: Ein „Doppel-Wumms“ ist noch lange kein großer Wurf.

**„Deutschland zu isolieren, ist sicher das Dummste, was man als Regierung machen kann.“**

**Tobias Winkler**  
MdB Fürth  
[Website](#)



## DEUTSCHLANDS GUTER RUF IN DER EU LEIDET

Die Herausforderungen könnten kaum größer sein: Krieg, Inflation, Energieversorgung, Migration oder Ernährungssicherheit: Einigkeit und abgestimmtes Handeln wären in der EU dringend notwendig. In früheren europäischen Krisen richteten sich die Augen auf Deutschland und man konnte sich im Osten wie im Westen darauf verlassen, dass das wirtschaftsstärkste Land einen gemeinsamen Ausweg aufzeigen würde. Umso erschreckender ist, wie isoliert Olaf Scholz beim jüngsten EU-Gipfel in Brüssel dastand. Ob Estland, Lettland, Polen, Schweden oder sogar Frankreich: Der Ton Deutschland gegenüber ist rauer geworden. Die deutschen Alleingänge, vor allem aber die mangelnde Kommunikation des Bundeskanzlers zeigen Folgen. Er spricht nicht mit unseren europäischen Partnern, nicht mit den Bürgern, nicht im Bundestag, nicht mit FDP und Grünen und nicht einmal mit seiner eigenen Partei. Kein Wunder, dass auch niemand mehr mit ihm sprechen möchte. Die deutsch-französischen Regierungsgespräche hat er wegen der Urlaube einiger Minister abgesagt, nach dem Treffen mit Emmanuel Macron gab es nicht einmal ein gemeinsames Presse-Statement. Seit Olaf Scholz im Amt ist, nimmt der gute Ruf der Deutschen Schaden. Erst bezeichnet er NordStream 2 als privatwirtschaftliches Projekt und ist nicht bereit, Konsequenzen im Fall eines Angriffs von Russland anzudrohen, dann verzögert er die Aussetzung des Swift-Abkommens, bei den Waffenlieferungen müssen wieder alle auf Deutschland warten. In der Energiekrise war es wieder die Bundesregierung, die nicht bereit war, die Kernkraftwerke weiterlaufen zu lassen. Nachdem nun auch der Letzte begriffen haben dürfte, dass chinesische Investitionen in Infrastruktur zu unserem Schaden sein werden, lässt der Bundeskanzler den Einstieg von Cosco beim Hamburger Hafen laufen. Seine Reise nach China, kurz nach dem Volkskongress, dürfte auch nicht dazu beitragen, in der EU neues Vertrauen aufzubauen. Deutschland in Europa zu isolieren, ist sicher das Dummste, was man als Regierung machen kann.



*„Wir haben eine wichtige politische Stimme für die Erinnerungskultur in Bayern verloren.“*

## BAYERN TRAUERT UM BARBARA STAMM

Tief bestürzt habe ich die Nachricht vom Tod von Barbara Stamm, Landtagspräsidentin a.D., erhalten. 36 Jahre lang arbeitete ich mit ihr im Parlament zusammen. Mit ihr verlieren wir nicht nur eine der besten Politikerinnen, die Bayern je hatte, sondern auch eine wichtige politische Stimme und Initiatorin für die Erinnerungskultur in Bayern. Barbara Stamm war langjähriges, engagiertes Mitglied im Stiftungsrat der „Stiftung Bayerische Gedenkstätten“ und hat maßgebend das öffentliche Gedenken und Erinnern in Bayern mitgeprägt. In meiner Funktion als Direktor dieser Stiftung bin ich Barbara Stamm bis heute überaus dankbar, dass Sie meine Idee, einen Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus ins Leben zu rufen, tatkräftig und motiviert aufgriff. 2011 wurde diese Idee das erste Mal mit ihr umgesetzt. Seither findet der gemeinsame Gedenkakt des Bayerischen Landtags und der Stiftung Bayerischer Gedenkstätten - unter aktiver Einbindung von Überlebenden - alternierend im Bayerischen Landtag sowie an verschiedenen Gedenkstätten und -orten innerhalb Bayerns am 27. Januar statt. Barbara Stamm war eine tolle und bewundernswerte Frau, die das Herz am rechten Fleck hatte und ungemein hilfsbereit den Menschen gegenüber war. Sie hatte auch den Mut zu sagen, was ihr nicht gefällt. Sie war immer auf der Seite der Schwachen in der Gesellschaft. Ihr Tod ist ein riesiger Verlust für dieses Land.

Karl Freller  
MdL Nürnberg-Süd  
[Website](#)



*„Bildungspolitik ist wieder in aller Munde!“*



Barbara Regitz  
MdL Nürnberg-Nord  
[Website](#)



## IM GESPRÄCH MIT KAMMERSCHAUSPIELERIN ADELINE SCHEBESCH

Bei einer offenen Vorstandssitzung des AKS (Arbeitskreis Schule, Bildung und Sport) stand die Kammerschauspielerin Adeline Schebesch hatte ich zum Expertengespräch eingeladen, um sich über die Rolle des Theaters in der Schule auszutauschen. Bildungspolitik ist wieder in aller Munde! Wir ringen um die besten Lösungen für tagesaktuelle Herausforderungen. Neben all den wichtigen Themen wie Digitalisierung, Förderung der MINT-Fächer und Sprachen stellt sich gerade nach den letzten Corona geprägten Jahren die Frage, welchen Beitrag die musischen Fächer für den Unterricht leisten können, Schauspiel und Theater im Besonderen. Theaterstücke, genauso wie Musik und Sport, haben positive Einflüsse auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. „Theaterpädagogik gehört schon seit einigen Jahren ins Nürnberger Staatstheater“, sagte Schebesch. Sie erklärte anhand anschaulicher Beispiele, wie Kinder und Jugendliche vom Theater profitieren können. „Sie lernen nicht nur eine bessere Aussprache und eine selbstbewusstere Körpersprache, sondern entwickeln auch eine stärkere Merkfähigkeit.“ Adeline Schebesch wünschte sich deshalb mehr Platz fürs Theater in der Schule bzw. dass, das „Theaterspielen“ in das normale Schulprogramm aufgenommen wird. Der fränkischen Kammerschauspielerin gratulierte ich auch zum Bayerischen Verdienstorden: Als Nürnberger freuen wir uns mit Dir und darüber hinaus besonders, dass mit Dir eine Fränkin ausgezeichnet wurde. Weiterhin viel Erfolg!



**"Im Sinne des  
ÖPNV muss die 2.  
Stammstrecke  
kommen!"**

**Jochen Kohler**  
MdL Nürnberg-West  
[Website](#)



## 2. STAMMSTRECKE: GRÜNE FORDERN MORATORIUM

Der Bau der 2. Stammstrecke in München erhitzt aktuell die Gemüter. Seitens der Opposition wird aktuell überlegt, einen dritten Untersuchungsausschuss einzusetzen (von einem 4. Untersuchungsausschuss beim Projekt „Deutsches Museum Nürnberg“ ganz zu schweigen) und das Projekt möglicherweise komplett zu stoppen. Diese Verfahrensweise finde ich als Mitglied des Ausschusses für Wohnen, Bauen und Verkehr äußerst fragwürdig. Nicht nur, dass auf diese Weise drei Milliarden Euro quasi „in den Wind“ geblasen wurden, sondern auch weil - insbesondere die Grünen - immer von der Leistungsfähigkeit des ÖPNV sprechen, hierbei jedoch nicht zu erkennen scheinen, dass die Kapazitätsgrenzen der Stammstrecke in München bereits ausgelastet sind. Noch seltsamer scheint nunmehr auch die Kritik, die seitens der Ampelkoalition in Richtung des Bayerischen Landtags geht. Dieser hätte zu spät und falsch reagiert, lautet der Vorwurf. Nachdem eine Anfrage im Bundestag ergeben hatte, dass weder dem Bundesverkehrsminister noch dessen Staatssekretär Informationen zur Kostensteigerung vorlagen, dann ist es verwunderlich, weshalb sie dem Landtag hätten vorliegen sollen. Bis zur Veröffentlichung der aktuellen Zahlen waren niemandem die Kosten und die Verzögerungen der Fertigstellung bekannt. In der Vergangenheit hat sich die Opposition eher durch Blockade und Kritik denn durch ernsthafte und konstruktive Vorschläge in den Vordergrund gedrängt. Es bleibt daher zu hoffen, dass der 2. Stammstrecke ähnliche „Quertreibereien“ wie beim Frankenschnellweg erspart bleiben. Diese spielen nämlich bei den Kosten eine nicht zu unterschätzende Rolle.

**"Ehrenamtliche  
stärken das  
Miteinander und  
unsere  
Gesellschaft."**



## UNTERSTÜTZUNG FÜR EHRENAMT & VEREINE

Bayern ist Ehrenamtsland. Damit das Ehrenamt Zukunft hat, investiert der Freistaat Bayern auch im Haushalt 2022 wieder über 300 Millionen Euro in Brauchtumpflege, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, Feuerwehrwesen und Sport. Allein in den Bereichen Sport, Brauchtum und Laienmusik sind mehrere 100.000 Menschen ehrenamtlich unterwegs. Hierfür wurden zahlreiche Förderprogramme auf den Weg gebracht. Unter anderem wurden für die Sportförderung im Jahr 2022 rund 80 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Hiervon können auch die Sport- und Schützenvereine in meinem Stimmkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim / Fürth-Land profitieren. Die Sport- und Schützenvereine im Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim erhalten für das Jahr 2022 einen Zuschuss in Höhe von 122.168 Euro, die Vereine im Landkreis Fürth 142.552 Euro. Die Zuwendungen an die Sport- und Schützenvereine werden entsprechend der Sportförderrichtlinie des Freistaates Bayern gewährt. Berechnungsgrundlage dafür ist die Anzahl der erwachsenen Vereinsmitglieder sowie die Anzahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, für die es die zehnfache Gewichtung gibt. Eine weitere Bemessungsgrundlage ist die Anzahl von Übungsleiterlizenzen. Es freut mich sehr, dass der Freistaat Bayern mit dieser Vereinspauschale das starke Freiwilligen-Engagement unterstützt und wertschätzt. Als langjähriger Vorsitzender eines Sportvereins weiß ich, wie wichtig gerade diese Förderung für die Sport- und Schützenvereine ist, die vor allem für Kinder und Jugendliche eine sehr wertvolle Arbeit leisten.

**Hans Herold**  
MdL Fürth-Land  
[Website](#)





## ENERGIEKOSTEN: CSU FORDERT SCHNELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR KRANKENHÄUSER & REHAKLINIKEN

Um Bayerns Krankenhäuser vor den drohenden Zusatzkosten von mehr als 1 Milliarde Euro für Energie allein im Jahr 2023 zu schützen, fordert die CSU-Fraktion per Dringlichkeitsantrag vom Bund ein nachhaltiges Unterstützungsprogramm. Konkret wird die Staatsregierung aufgefordert, diese Unterstützung für die massiv steigenden Energiekosten vehement beim Bund einzufordern – und so nicht nur Krankenhäuser, sondern auch Reha-, Vorsorgekliniken und Pflegeeinrichtungen zu entlasten. Berechnungen der Bayerischen Krankenhausgesellschaft zufolge würden alle Krankenhäuser Bayerns allein in diesem Jahr Mehrkosten von 500 Millionen Euro bewältigen müssen, im kommenden Jahr stiege der Fehlbetrag dann auf über eine Milliarde Euro. Ein Krankenhaus mittlerer Größe müsse 2023 mit rund 6 Millionen Euro Mehrkosten für Strom und Gas rechnen. Die Situation ist sehr ernst. Auf den Punkt gebracht geht es darum, eine Insolvenzelle der Krankenhäuser in den nächsten Monaten zu verhindern! Der finanzielle Ausgleich für gestiegene Kosten der Krankenhäuser kann nicht allein die Aufgabe der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler der gesetzlichen Krankenkassen sein, sondern muss aus Steuermitteln erfolgen. Der Freistaat ist hier starker Partner der Krankenhäuser, Reha- oder Vorsorgekliniken und Pflegeeinrichtungen in Bayern. Die Kostensteigerungen betreffen auch diese in besonderem Maße, da gerade in der Versorgung der Menschen viel Energie benötigt wird.

**"Oberstes Gebot muss es sein, eine drohende Insolvenzelle unserer Krankenhäuser zu verhindern!"**

Petra Guttenberger  
MdL Fürth  
[Website](#)



**CSU**   
**Bezirksverband Nürnberg-Fürth-Schwabach**

CSU Nürnberg-Fürth-Schwabach  
Jakobstraße 46 - 90402 Nürnberg  
E-Mail: [nuernberg@csu-bayern.de](mailto:nuernberg@csu-bayern.de)  
Telefon: 0911/241544-0

Wenn Sie unsere politische Arbeit unterstützen möchten:  
Hypovereinsbank Nürnberg  
IBAN: DE90 7602 0070 0005 4150 20  
BIC: HYVEDEMM460